



Sieht Nachteile im Wettbewerb – Baubranche

Foto: Gorodenkoff/Adobe Stock

# Regulierung bremst

Wie bewerten Unternehmen in Bayern die rechtlichen Vorgaben zum Umweltschutz? Welche Verbesserungen fordern sie? Das zeigt das neue IHK-Umweltbarometer.

Von Josef Stelzer

Viele Unternehmen sind bereit, für die Umwelt mehr Verantwortung zu übernehmen. Manche können auch konkret von der Umweltpolitik profitieren. Gleichzeitig beeinflussen die vielen Gesetze und Verordnungen auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene massiv das Tagesgeschäft der Betriebe. Unternehmen müssen inzwischen eine Vielzahl von Umweltvorgaben erfüllen. Das Spektrum reicht vom Immissions-, Boden- oder Gewässerschutz über das Chemikalienrecht und die Abfall-/Kreislaufwirtschaft bis hin zu produktspezifischen Regulierungen, beispielsweise zu Verpackungen. Das neue IHK-Umweltbarometer, das 2025 erstmals erhoben wurde, beschäftigt sich grundsätzlich mit den Auswir-

kungen der komplexen Regulatorik. Welche konkreten Folgen bringt sie für die Wirtschaft mit sich? Welche Verbesserungen wünschen sich die Firmen? Befragt wurden Unternehmen deutschlandweit. Aus Bayern nahmen 312 Betriebe teil, vorwiegend aus dem verarbeitenden Gewerbe, der Baubranche, dem Handel sowie dem Dienstleistungssektor. Etwa ein Drittel von ihnen beschäftigt mehr als 250 Mitarbeitende. Das Gesamturteil der Firmen fällt in der Umfrage mäßig aus: Insgesamt bewerten die bayerischen Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben mit »leicht negativ«. Ein weiteres wesentliches Ergebnis: Rund ein Drittel der Befragten, vorwiegend aus dem verarbeitenden Gewerbe, der

Baubranche und dem Handel, sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Regulatorik geschwächt. Woran das liegt, zeigen Beispiele aus der Praxis. So verursachen die Vorgaben in den Betrieben oft erhebliche Kosten. Anton Lechner (61), Leiter Umwelt- und Energiemanagement der himolla Polstermöbel GmbH in Taufkirchen (Vils), hat nachgerechnet: »Unsere Produkte werden durch den Aufwand, den die Regulatorik mit sich bringt, um etwa fünf Prozent teurer.« Dadurch ergebe sich gegenüber ausländischen Wettbewerbern ein spürbarer Nachteil. Und zwar nicht nur im Vergleich zu Anbietern aus Asien. Nach Lechners Erfahrungen gehen auch manche Hersteller aus dem EU-Aus-

land mit den diversen Umweltvorgaben »ziemlich sorglos« um. So würden sie Vorteile im Preiswettbewerb erlangen. »Letztlich wird unsere Wettbewerbsfähigkeit durch die fehlerhafte Umweltregulierung deutlich eingeschränkt«, ärgert sich der Umweltmanager.

Der mittelständische Möbelhersteller bemängelt zudem die fehlende Planungssicherheit. Als Beispiel nennt Lechner die EU-Entwaldungsverordnung. Das Regelwerk soll einen Beitrag zur weltweiten Reduzierung von Entwaldung und Waldschädigung leisten. »Die Verordnung ist grundsätzlich gut und richtig«, betont der Umweltmanager. »Sie war aber in ihrer ursprünglichen Fassung schlichtweg dilettantisch und wurde mittlerweile zweimal nachgebessert und damit deutlich abgeschwächt.«

Was das für das Unternehmen bedeutet? Der Polstermöbelhersteller musste für eine spezielle Software, die für die Umsetzung der ursprünglichen Regelung erforderlich war, rund 25.000 Euro allein für die Implementierung investieren. Hinzu kommen jährliche Lizenzgebühren in gleicher Höhe sowie rund hundert Stunden Arbeitszeit. Der Gesamtaufwand summiert sich auf gut 100.000 Euro. »Wir hätten uns den ganzen Aufwand komplett sparen können, wenn die Entwaldungsverordnung von Anfang an in der jetzigen Form erlassen worden wäre«, ist Lechner überzeugt.

Aber auch andere Regularien verursachen derzeit erheblichen bürokratischen Aufwand. Der himolla-Manager nennt einige Beispiele, »etwa die EU-Verpackungsverordnung PPWR, das Lieferkettengesetz LkSG, die Verpflichtung zur Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten CSRD sowie – nicht zu vergessen – die großen Herausforderungen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft«.

Wie hoch der Aufwand vieler Unternehmen ist, zeigt das IHK-Umweltbarometer. So ist gut ein Viertel der befragten Unternehmen mehr als acht Arbeitsstunden pro Woche mit der Erstellung von Dokumentationen beschäftigt, vor allem für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Je größer die Unternehmen sind, desto höher fällt der Dokumentationsaufwand aus.

Die Firmen müssen im Grunde permanent über Änderungen der diversen Regulierungen informiert sein, die geänderten Anforderungen erfassen und umsetzen. Überdies haben sie eine zunehmende Komplexität zu bewältigen, die durch ähnliche, im Detail aber voneinander abweichende Bestimmungen, unterschiedliche Fristen und nicht aufeinander abgestimmte Berichtsformen an unterschiedliche Genehmigungsbehörden entsteht.

Im August 2025 zum Beispiel traten neue Anforderungen in der EU-Batterieverordnung in Kraft. Damit müssen Unternehmen, die ihre Produkte online grenzüberschreitend in andere EU-Mitgliedsstaaten verkaufen, pro Land einen externen Bevollmächtigten benennen. Bevollmächtigte sind unter anderem für die Einhaltung der Meldepflichten sowie für die Organisation der Rücknahmen zuständig.

Die Neuerung berührt zum Beispiel die Franz Gattinger KG in Obersöchering, die via Onlineshop spezielle Schermaschinen für Tiere anbietet, massiv. »Der nötige bürokratische Aufwand ist mittlerweile so enorm, dass wir die Reißleine ziehen mussten«, sagt die kaufmännische Leiterin Monika Filgertshofer (47). »Wir versenden aktuell nur noch innerhalb Deutschlands sowie nach Österreich. Alle anderen EU-Länder mussten wir aufgrund der stark gestiegenen Anforderungen durch die EU-Verpackungsverordnung und wegen der neuen Batterievorgaben vom Versand ausschließen.«

Das Familienunternehmen ist von diversen Umweltvorgaben betroffen, unter anderem von den Registrierungspflichten bei der Stiftung Elektro-Altgeräte-Register (EAR). Allerdings gilt die Registrierung dort nur für Deutschland. »Sobald wir ein Gerät über die Grenze schicken, müssen wir im Zielland die Herstellerverantwortung übernehmen, Gebühren zahlen und Bevollmächtigte bestellen«, sagt Filgertshofer. »Dieser bürokratische Wildwuchs führt zu einem klaren Wettbewerbsnachteil gegenüber außereuropäischen Direktversandriesen, vor allem aus China.«

### **IHK Umweltdialog Effizient resilient: Klimaanpassung erfolgreich meistern**

Die Folgen des Klimawandels wirken als Gebäudeschäden durch Hochwasser, Hitze in Produktionsstätten oder gestörte Lieferketten bereits in den Unternehmensalltag hinein – und sie werden zunehmen, was wiederum Versicherungsschutz und Berichterstattungspflichten betrifft.

Deshalb zählt eine frühe und ganzheitliche Vorbereitung. Diese bietet der IHK Umweltdialog der bayerischen IHKs und des Umweltclusters Bayern mit Vorträgen zur Analyse der unternehmerischen Betroffenheit sowie zu innovativen Lösungsansätzen für Klimaanpassung und resilientes Handeln.

**Termin:** 18. Juni 2026, 10–16.30 Uhr, kostenfrei

**Ort:** IHK für München und Oberbayern, Max-Joseph-Str. 2, 80333 München

Infos und Anmeldung:

[www.ihk-muenchen.de/umweltdialog](http://www.ihk-muenchen.de/umweltdialog)

Wie lässt sich die Situation verbessern? Auch danach fragte das IHK-Umweltbarometer. Die Unternehmen haben klare Erwartungen an die Umweltvorgaben. Sie wünschen sich verlässliche, aufeinander abgestimmte, dauerhaft gültige und praxisnahe Regelwerke: Über alle Branchen und Größenklassen hinweg fordern 88 Prozent der Befragten den Abbau bürokratischer Regularien. Vor allem Betriebe, die mindestens 50 Mitarbeitende beschäftigen, verlangen mehr Planungssicherheit sowie weltweit oder zumindest EU-weit einheitliche Spielregeln. ●

Die bayerische Auswertung für das gesamte IHK-Umweltbarometer ist online abrufbar unter:

[www.ihk-muenchen.de/ihk/Umwelt/IHK-Umweltbarometer-2025-Bayern.pdf](http://www.ihk-muenchen.de/ihk/Umwelt/IHK-Umweltbarometer-2025-Bayern.pdf)

**IHK-Ansprechpartnerin zum  
IHK-Umweltbarometer**

Sabrina Schröpfer, Tel. 089 5116-1458  
schroepfer@muenchen.ihk.de